

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

20 (24.1.1919)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatlich 1.20 M., 1/2jährig 5.60 M., bezogen durch unsere Träger 1.20 bezogen 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bezogen 4.02 M.; durch die Fernpost 1.35 M. bezogen 3.90 M., vorausschüssig.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zugl. 80 % Zensurungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Beck & Co., Karlsruhe.

Das Wahlergebnis.

• Karlsruhe, 24. Januar.

Mit der Deutschen Nationalversammlung können wir vor dem Forum der Welt erscheinen und sie guten Gewissens zur Abgabe ihres Urteils über unsere Gesinnungs Erneuerung einladen. So hält ein großes Volk über sich selbst Gerichtstag, nachdem es erkannt hat, durch wen es in Schuld und Unglück hineingeraten ist.

Von der konservativen Herrlichkeit ist ein munitioharter Schattenriß übrig geblieben. Jetzt, wo keine Beamtenregierung von konservativer Grundrichtung sie stützt, kein feindliches Offizierskorps hinter ihnen steht und kein halb-aboludisches Kaiser- oder Königtum die alte natürliche Bundesgenossenschaft mit ihnen unterhält, sind diese konservativen Herrschaften zur politischen Ohnmacht verurteilt. Sie sind erkannt, die überfallenden Weltverderber, die Kriegsurheber und Kriegsverlängerer, die schändlichen Tollhändler des Rechts- und Unterjochungsstandpunktes, und sie sind gerichtet worden. Mögen sich jetzt die Rechtsgelehrten der Entente den Kopf zerbrechen, ob die Auslieferung Wilhelm II. und seines hoffnungslosen Sprößlings zum Zwecke eines Prozeßverfahrens die erforderliche juristische Grundlage hat, mögen die zum Zurückberufenen Instanzen mit Majestät und Hoheit a. D. kurzen Prozeß machen, uns nichts nichts mehr an. Wir haben mit den hier geliebten Herrschaften abzurechnen, die Geist von ihrem Geist und Luth' von ihr, und diese Abrechnung ist erfolgt. Es macht nichts, daß die Konservativen nicht pullos von der politischen Oberfläche verdrängt sind. Wir wissen ja aus der Naturwissenschaft, daß gebrauchsunfähige Organe erst im Laufe einer längeren Zeit absterben. Auch in der Koalition mit anderen Parteien werden die Konservativen keinen Schaden mehr anrichten, denn die etwa in Frage kommenden Fraktionen werden sich unter den jetzigen Verhältnissen selber hüten, sich für konservative Forderungen die Finger zu verbrennen. Soweit die Revolution nicht reinen Dreck mit dem feudalen Regime gemacht hat, kann das alte, jetzt auf dem Wege ruhiger Weiterentwicklung stehende, die „Reindevoten“ können sich getrost begnügen lassen.

Dem Zentrum ist es im Reiche nicht so auf gegangen wie in Baden. Seine Stellung als ausstehende Partei hat es verloren. Es wird keine Bedeutung, nur dann behaupten kann es eine sehr entschiedene Placierung nach links vornehmen. Seine beherrschte geistige Gemeinlichkeit, seine große Fähigkeit, realpolitischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, wird ihm ja bei dieser Umrandung gute Dienste leisten. Mit Vorzucht wird das Zentrum aber immer zu behandeln sein. Eine Neuaufgabe von Kulturkampf darf gar nicht in Erwägung gezogen werden und es darf sich nicht wiederholen, daß einer kuriosen Verunsicherung wie Herrn Adolf Hoffmann die Befugnisse eines Kultusministers überantwortet werden. Das war ein Miß der Revolution, aber vielmehr eine Herabsetzung der Wägen über einige Entgleisungen der Revolution, aber dafür ist die Zeit und die Sache denn doch wohl zu ernst.

Die demokratischen Parteien des Bürgerturns haben alle Ursache, sich zu besorgen. Sie sind um eine geschichtliche Rolle gekommen, die sie außerhalb Deutschlands und Auslands nach jeder Revolution geübt haben. In Frankreich, in England kam die Bourgeoisie an die Macht, als der Feudalismus getilgt wurde. Hier hat das Bürgerturn unter Beihilfe des Proletariats wohl die Revolution von 1848 gemacht, aber die politische Herrschaft hat es dem Feudalismus nicht entreißen können. Der reierte weiter bis zum 9. November 1918. In Deutschland überbrannte so die Entwicklung auf Kosten des Bürgerturns eine historische Glappe. Der Bourgeoisie geschieht ganz recht. Im Besitze von Mitteln, wie sie ihr als Trägerin des Kapitalismus zur Verfügung standen, hätte sie es nicht allzu schwer gemacht, auch die politische Gewalt Deutschlands in die Hand zu bekommen. Sie hat sich darum nicht sehr eifrig bemüht, geschweige denn ernstlich darum gekämpft. Eine Revolution, die immer stark nach Hofbrantentum duftete, haben die Herren Kapitalisten in Deutschland nie abgelehnt. „Männerrolle vor Adirass' Kronen“ war zwar immer die beliebte Devise bei ihnen. Aber sie bewunderten diesen Männerrolle nur deshalb, weil sie so ganz und gar nichts davon befehlen haben. Ihr soziales Bestreben ging dahin, zweiter Stand zu werden. Die Mobilisierung, die Erhebung in den Adelsstand war ihr gesellschaftlicher Lebenswunsch. Das Programm „Freiheit und Gleichheit“ ist ein ursprünglich bürgerliches. In Deutschland haben die künftigen Parteien und Gesellschaftskreise diese Forderung umso lästiger empfunden, je mehr sich das Proletariat mit der Zeit Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze er kämpfte. Da bangte ihnen vor ihrer eigenen Forderung. Sie hielten auf Abstand vom Proletariat und unterwarfen sich demüthig dem Feudalismus, der sie stets mit der verdienten Mißachtung straffte. Jetzt, wo die Zeit des Kapitalismus aus sich selbst, erkennt das Bürgerturn, daß es so durch Schwächheit nach oben und Engstirnigkeit nach unten die Rolle der verpöhten Gelegenheitsgelehrten hat. Freilich nur aus dem Gesichtswinkel einer bürgerlichen Betrachtung, die uns darüber belehrt, daß Revolutionen bisher immer das kapitalistische Bürgerturn am Meinherrschschaft gebracht haben.

ist das Wahlergebnis für die demokratisch-liberalen Parteien ein ungünstiges. Mit ihren 77 Mandaten stellen sie eine sehr reale Macht dar, umso mehr, als sie mit den 23 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in politischer Wahlverwandtschaft stehen.

Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei der deutschen Nationalversammlung. Das war sie im alten Reichstag auch schon. Aber es ist etwas sehr anderes, ab man mit 110 Sitzen wie damals die stärkste Partei bildet, oder ob man mit 188 nahe daran ist, über die absolute Majorität zu verfügen. Diese 110 Sozialdemokraten des Reichstags haben sich stets mit mindestens zwei Fraktionen zusammengefaßt, um die Mehrheit für eine Vorlage zu gewinnen. Wenn die eine dieser Parteien noch halbwegs willig folgte, so war die Zustimmung der zweiten doch fast immer nur auf dem Wege der Konzessionspolitik, des Abhandels, zu erreichen. Das hört jetzt auf. Mit der Unterstützung eines kleinen Teiles der demokratischen Partei haben wir die Majorität. Der zweite Vorteil ist der, daß wir bei dem jetzigen Zahlenverhältnis gar nicht um die Gewinnung von Majorität beforcht zu sein brauchen. Sie werden uns selber zufommen, denn niemand stemmt sich gern gegen den Willen einer Macht, die morgen befocht sein kann, aus eigener Kraft die legislative Maschine in Bewegung zu setzen. Man merkt das jetzt schon. Um unserer schönen Augen willen haben Zentrum und demokratische Partei in Baden nicht die Sozialisierung der hierfür reifen Betriebe auf ihr Programm gesetzt. Sie gehen damit nur dem Druck der parlamentarischen Konjunktur nach, die ihnen rechtzeitigen und quasi freiwilligen Anstoß an die Sozialdemokratie nahelegt; etwa so, wie manche Wählerkreise des Mittelturns sich schon jetzt der Stabschöpfung Babilons und Roms unterwerfen, wenn deren Feldherren in gefährdender Nähe kamen.

Ach Gott, jammern die Unabhängigen, das wird ja wieder ein Ein- und Verspottieren, ein Koalieren und Gerumstschäkern mit den bürgerlichen Parteien werden. Herr Barth, der famose Volksbeauftragte a. D. hat sich in seiner Karlsruher Dauerrede über den Grobblödsinn von Wählermannschaf' ab, der er in einem Leitartikel unseres Blattes wieder aufstellen sieht, ganz anständig lustig gemacht. Nur nichts von parlamentarischen Blindnissen und Schächergefühlen. Herr Barth, nehmen Sie sich doch einmal fünf Minuten weniger Zeit zum Reden und dafür entsprechend viel Zeit zum Nachdenken. Denn sagen Sie uns, wo und wann es je eine gegebene Körperlichkeit gegeben hat, die ohne Wahl- und Koalitionspolitik gearbeitet hat. Sie haben ja auch ein wenig Karl Marx studiert und wissen vermutlich, wie er über die Koalitionspolitik der Parteien seit den Tagen des Konvents geäußert hat. Ohne ein Zusammenarbeiten der Parteien geht es eben nicht und dieses Zusammenarbeiten nimmt ganz von selbst freckenweise den Charakter der Koalitionspolitik an. Es gibt freilich auch die Diktatur einer politischen Partei. Proben davon liegen geschichtlich vor. Ob aber die Allgemeinheit, ob nur die diktatorisch regierende Partei selbst von einer solchen Macht profitiert, ist eine andere Frage. Die geschichtliche Erfahrung beantwortet sie mit Nein. Ist einmal eine Fraktion jählich, auf dem „Sie volo sic jubo“ (So will ich, so befocht ich) zu bestehen, so findet sie auch den Nachschub: „Stat pro ratione voluntas“ (Anstelle der Vernunft der Wille) ganz in der Ordnung. Und die Herrlichkeit pflegt — siehe das Beispiel der Christlich-Sozialen in Ostpreußen, des Zentrums in Bayern etc. — nicht von langer Dauer zu sein.

Natürlich fürchten wir uns nicht vor dem Anwachsen der sozialistischen Macht bis zur absoluten Majorität. Wir wollen mit allen zulässigen Mitteln des Gesetzes und des Anstandes dahin wirken, daß wir sie für den zukünftigen Reichstag bekommen. Immer aber wollen wir zeigen, daß wir mit beiden Kräfte auf demokratischer Grundlage stehen. Darin sehen wir den Sinn des Proportionalen: Minderheiten sollen nicht verachtet werden, d. h. man soll sie nicht nur in die Parlamente schicken, sondern mit ihnen auch zusammenarbeiten.

Württembergische Verfassung.

Die von der provisorischen Regierung aufgestellte Verfassungsurkunde des Volksstaates Württemberg liegt nunmehr im Entwurf vor. Es wird darin u. a. bestimmt, daß der Volksstaat Württemberg ein Bestandteil des deutschen Volksstaates ist und daß er keine Staatshoheit noch Maßgabe dieser Verfassung und der vom deutschen Volksstaate gegebenen Gesetz ausübt. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk übert seinen Willen durch Abstimmung und Wahlen. Stimmberechtigete Mitglieder des Volkes sind alle württembergischen Staatsbürger beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Das Stimmrecht ist gleich und geheim und wird direkt ausgeübt. Landesverordner, die nicht die württembergische, aber die Staatsangehörigkeit eines anderen deutschen Bundesstaates besitzen, sind stimmberechtigt, wenn ihr Heimatstaat die Württemberg über ebenso zum Stimmrecht wählbar. Weiter sind u. a. vorzusehen gleiche Rechte und Pflichten aller Staatsbürger, Aufhebung aller Titel, inwieweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, Abschaffung der Orden und Ehrenzeichen, Aufhebung der Fideikommiss durch Gesetz. Verastel...

der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung. Ueberführung eines Zweiges der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft durch Gesetz, ungeschürte Gewissensfreiheit und Religionsübung, freie und selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch die kirchliche und religiöse Gemeinschaft im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetzte, Abfindung der ewangelischen und katholischen Kirche für ihre Vermögensansprüche an den Staat durch eine Gebrente, Aufsicht über das Schulwesen nur durch den Staat, Befestigung jeden Zwangs zur Erteilung und zum Besuche des Religionsunterrichtes, vierjährige Landtagsperiode, Wahl eines Abgeordneten auf je 25 000 Landeseinwohner, Volksabstimmung, Staatsleitung durch das Staatsministerium, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, der die amtliche Bezeichnung Staatspräsident führt und den Staat nach Außen vertritt, Feststellung des Staatshaushaltes durch Gesetz in jedem Jahre, sowie Ministeranklage.

Von der Waffenstillstandskommission.

WB. Berlin, 23. Jan. Aus der Sitzung der deutschen Waffenstillstandskommission vom 21. Januar ist u. a. mitzuteilen:

Der Vorsitzende der französischen Kommission, General Mudant gibt bekannt: Die Entente beabsichtigt, täglich 3000 Tonnen Lebensmittel über Danzig nach Polen zu senden, und sie wünscht von der deutschen Regierung Garantie für die Sicherheit der Transporte von Danzig bis zur polnischen Grenze. Der deutsche Vorsitzende hält die Transporte ohne Einwirkung der Alliierten auf Polen für undurchführbar, da bei dem bekannten Verhalten des Polen nicht zu übersehen sei, wie die deutsche Regierung die regelmäßigen Lebensmittelfuhren sichern solle. Die deutsche Kommission erhebt im Auftrage der deutschen Regierung mit vollem Nachdruck feierlich Protest gegen alle französischen Maßnahmen, nach denen die französischen Bestimmungen über den Handel mit dem Feinde auch auf das deutsche Gebiet angewendet werden. Es widerspreche dem Waffenstillstandsvertrage, wenn den Bewohnern der trotz der Befehung deutschgebliebenen Landesteile zugemutet werde, ihre eigenen Volksgenossen als Feinde anzusehen.

WB. Berlin, 23. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando habe im Betriebe der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 2. Januar ab die Einführung des 10 Stunden Arbeitstages anstelle des bisherigen achtstündigen Tages befohlen. Gegen diese den Waffenstillstandsbedingungen zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 22. Januar eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Befehung des linken Rheinufers und dieser Gebiete durch die Alliierten in ganz Deutschland die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hieraus die bedenklichsten Auswirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterkraft sehe in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzungen in Deutschland. Es müsse daher gegen die Befehung des Achtstundentages nachdrücklich Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmassnahmen ersucht werden.

Deutsche Kriegsgefangene sollen Nordfrankreich aufbauen.

Berlin, 23. Jan. (Privattelegramm.) Ueber die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen kann folgendes gemeldet werden: Im Anschluß an den Schriftwechsel kündigte der deutsche Vorsitzende der Kommission für Kriegsgefangene in Spaa, Major Rapp, an, daß umgehende Vorarbeiten für die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung, der Marshall Hoch lehnte das Ersuchen ab und erklärte, daß Marshall Hoch nur die Weitergabe und Befürwortung der deutschen Bitte um möglichst rasche Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zugesagt habe. Die Entscheidung liege noch bei den alliierten Regierungen. Die Antwort der Regierung stehe noch aus und niemand wisse, wie sie ausfallen werde. Es sei durchaus möglich, daß die Entente mit der Berücksichtigung einzelner Kategorien der Kriegsgefangenen einverstanden sei, es sei aber auch möglich, daß die alliierten Regierungen das deutsche Ersuchen ablehnten. Von deutscher Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen aufzustellen und der deutschen Untersuchungskommission zu überreichen. Auch dies wurde französischerseits abgelehnt unter Hinweis, daß bis zum 1. März etwa 20000 Kriegsgefangene in Nordfrankreich konzentriert sein würden, um dort wieder alles aufzubauen, was die Deutschen demoliert hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, jedoch eine große Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen eingeleitet habe. Dadurch werde die Aufstellung von Lagerlisten erschwert und die Angaben dieser Lagerlisten würden in kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

Carlsruhe
11hr, in der
ier
enburg.
enburg.
Karlsruhe
enstenten und
rstand.
ruchsal.
3 1/2 Uhr,
ier
olution.
e, und Mit-
Vorstand.
Durlach.
Uhr, findet im
ng
erscheinen, be
seiber Zahl
selbe zurück
und ihre Will
esend nachy
ermaltung.
Berband
usammen
nten
el.
wesenheit
II gerecht
lung
19
ger Saal.
and.
hinen-
3 Uhr,
ung
ht einlabel
rstand.

Ausland.

Die Lage in Portugal.

Madrid, 23. Jan. Havas. Der Platz Valencia de Cid hat sich gestern früh den Monarchisten ergeben. In Porto trafen 1500 Mann Infanterie und Kavallerie ein, unter denen sich auch zahlreiche bewaffnete Bürger befanden, meistens junge Leute. Der Zug rückte unter den Klängen des Königs-marsches ein. Vor der Kaserne wurde eine Proklamation der Monarchie verlesen. Auf dem Palais des Königs wurde die blaue weiße Flagge gehißt, die republikanische Flagge wurde öffentlich verbrannt.

Madrid, 22. Jan. Havas. Die Cortes wurden heute eröffnet. Romanones gab der Kammer Kenntnis von der Vorlage über die Autonomie Cataloniens. Mit 136 gegen 7 Stimmen wurde eine besondere Kommission für die Verichterstattung über die Vorlage ernannt.

Soziale Rundschau.

Organisation der Musiker. In Freiburg wurde eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der dortigen Musiker abgehalten, bei der Musikhistoriker Stürmer aus Karlsruhe über die Errichtung einer badischen Musikammer sprach. Er wies auf die Notwendigkeit eines Musikgesetzes und damit einer Musikammer hin und forderte zur Gründung einer Ortsgruppe des Verbandes Badischer Musiker auf, da nur der Zusammenschluß aller Beteiligten das Ziel erreichen könne. Den mit starkem Beifall aufgenommenen Vorschlägen folgte auch die Tat, indem sich die Anwesenden fast ausnahmslos zum Beitritt und zur weiteren Werbearbeit bereit erklärten. An der Spitze der sofort gewählten Arbeitskommission für Freiburg stehen Musikdirektor Baff, Universitätsmusiklehrer Gopp und Konzertmeister Weber. Es werden 3 Pl. in allen großen Städten Badens Versammlungen vorbereitet, in denen Ortsgruppen des Musikersverbandes gegründet werden sollen.

Eine Beamtentagung.

Am Sonntag, 12. Januar, fand im Gasthaus „König Karl“ in Karlsruhe eine gut besuchte Versammlung des Landesvereins Baden im Bund mittl. Reichs-Voll- und Teil-Beamten der Zivil- und Militärverwaltung statt, auf der alle wichtigen Beamtentagen der letzten Zeit eingehend besprochen wurden. Im Vordergrund standen dabei die Fragen des Streikrechts, der Personalreform und der Beamtenausbildung. In der Streitfrage war die Versammlung der Auffassung, daß das Streikrecht den Beamten zugesprochen werden muß, seine Anwendung aber auf äußerste Notfälle beschränkt und davon abhängig gemacht werden soll, daß die Vorstände sämtlicher Fachvereine damit einverstanden sind und die Verantwortung dafür übernehmen. Zur Personalreform stellte sich die Versammlung einmütig auf den Boden der allen Forderungen einer Trennung der Zivil- und Militärämter. Diese erscheint um so notwendiger, als das Verbleiben der besser ausgebildeten, ausgebildeten und geprüften zivilen Beamten in der Militärverwaltung ein Haupthindernis für den Aufstieg der unteren Beamten in die Assistentenklasse — eine ihrer Hauptforderungen — bildet und andererseits die Heraushebung der zivilen Beamten aus der Assistentenklasse auch eine Senkung der Sekretär- und Obersekretärklasse, wie sie diese Beamten wünschen, mit sich bringen würde. (Den vorhandenen Militärämtern könnte der Aufstieg in die Assistentenklasse, der zur Verhinderung von Berufungen der preussischen Militärämter-Assistenten von der Ergänzung ihrer Kräfte um den fehlenden militärischen Teil abhängen soll, nach Möglichkeit erleichtert werden.) Die Bildung der Beamtenausbildung wurde als die Erfüllung einer alten Forderung lebhaft begrüßt und zu aller Zufriedenheit festgestellt, daß in ihnen auch die jüngeren Beamten recht zahlreich vertreten sind. Allgemein befremdet hat, daß noch manche Amtsstellen ohne allen Gehalt, dieser neuzeitlichen Einrichtung kein richtiges Verhältnis entgegenbringen. Deshalb mußte eine genauere Festlegung der Stellen für die Arbeit dieser Ausschüsse gefordert werden. Das Ergebnis der Beratungen wurde in entsprechenden Entschlüssen festgelegt. Zum Schluß ist noch die Frage der Fachausbildung der vom Feld heimgekehrten Soldaten erörtert und der Vorstand beauftragt worden, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Den umfangreichen geschäftlichen Beratungen schloß sich nachmittags ein Kammerabend zu Ehren der vom Feld heimgekehrten Bundesbrüder an, der bei gutem Besuch in gemütlichster Weise verlaufen ist.

Der Kunst- und Kulturrat für Baden.

Erläuterungen zu dem am 20. Dez. in Nr. 298 des Volksfreund veröffentlichten Programm.

I. Die Notwendigkeit einer geistigen „Verfassung“.

Der Kunst- und Kulturrat setzt sich zum Ziel die „Wahrung der Rechte des Geistes und der Kunst in allen öffentlichen Angelegenheiten geistiger und künstlerischer Art“. Er gibt damit zu verstehen, daß die Rechte des Geistes nicht nur schlecht oder gar nicht gewahrt wurden. Er schuldet dafür den Beweis.

Wie sieht die öffentliche Pflege des Geistes und der Kunst bei uns aus? Wie erfüllt der Staat seine Aufgabe, wo er als Gesetzgeber, Unternehmer und Verwalter in geistigen Dingen auftritt; wo er Schulen, Universitäten, Akademien, Bibliotheken, Museen, Theater fördert und unterhält; wo er Lehrer, Beamte, Schauspieler, Dichter für sie besoldet; wo er durch Errichtung von Bauten und Denkmälern Künstler beschäftigt? Verfügt er Künstler, Philosophen und wissenschaftliche Fachmänner, um von ihnen über die geistigen Grundfragen und Grundbedürfnisse unterrichtet zu werden und darnach eigene einheitliche geistige Verfassung für alle Gebiete zu entwerfen? Regt er diese Entwürfe einer Vertretung der verschiedenen geistigen Parteien und Interessen zum Beschluß vor? Sorgt er dafür, daß das Volk durch Fachleute und Sachverständige der verschiedenen geistigen Gebiete durchgeführt wird, daß eine sachgemäße Verwaltung dieser Gebiete von der zentralen Regierungsstelle bis in die untergeordnete spezielle Stelle erfolgt? Verlangt er Rechenschaft darüber, wie seine Verordnungen durchgeführt werden, wie seine Theater, Universitäten, Schulen arbeiten, welche Erfolge oder Mißerfolge sie erzielen? Gibt er sich selbst von Zeit zu Zeit darüber Rechenschaft, ob die von ihm eingeschlagene Bahn richtig, das von ihm Verordnete den Zuständen nach noch gültig und der Gesamtheit der Nation zuträglich sei?

Nichts von alledem geschieht.

Das oberste Gesetz ist für den Staat in geistigen Dingen ansehnlich das Gebenlassen, das Bestehenlassen des Vorhandenen, historisch Gewordenen, mag das Bedürfnis, dem es entspringt, seit langem auch nicht mehr gelten. Unser Zustand ist daher eine Mischung von Anarchie im Großen und Tyrannei im Einzelnen und Kleinen; das ganze geschieht durch einen Konjunktivismus um jeden Preis.

§ 7 der Verordnung vom 15. Januar, die Erziehung von Geld- und Arbeitsmitteln betreffend, regelt näher die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung an Arbeiter in gewissen Fällen. Danach erhalten Arbeiter, die infolge der behördlichen Verfügung der Arbeitslosigkeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Heberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen und deren Lohn infolgedessen vermindert wird, Erwerbslosenunterstützung im Umfang des § 9 Absatz 2 der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung über Erwerbslosenfürsorge vom 18. November 1918 in der Fassung der Verordnung vom 21. Dezember 1918. In einem Ministerialerlaß zu dieser Verordnung wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt, die Auszahlung der Entschädigung in dem hier in Betracht kommenden Umfang den Betriebsunternehmern zu übertragen, wie dies bereits beim Vollzuge der §§ 3 und 4 der Verordnung der vorläufigen Volksregierung vom 23. Dezember 1918, die vorübergehende Stilllegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrie betreffend, geschehen ist. Bei einer Besprechung am 11. Januar im Ministerium für soziale Fürsorge wurde diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt. Die Betriebsunternehmer haben den Ertrag der ausliegenden Unterstützungsbeiträge bei der Gemeinde des Betriebes anzufordern. Es sind dazu besondere Nachweise erforderlich, die enthalten müssen: die Namen der je einem Arbeiter, den Betrag des regelmäßigen Gesamtverdienstes, die geleistete Entschädigung für 7 Tage, die Summe der Zahlung, die Berechnung des zu erhaltenden Betrages die Bestätigung des Arbeitgebers, daß die aufgeführten Beträge bezahlt worden sind.

Organisation der Gendarmen. Am 11. Januar wurde in Karlsruhe ein Verein der Gendarmen- und Polizeibeamten gegründet. Die aus 24 gewählten Vertrauensmännern des ganzen Landes bestehende Versammlung wählte aus ihrer Mitte zum 1. Vorsitzenden Gendarm Ludwig in Schiltach. Der Minister des Innern Dr. Haas war persönlich in der Versammlung erschienen.

Bewerkschaftliches.

Die Arbeiterführer in einer Zentrumsstudie behandelt werden. Aus Gewerkschaftskreisen schreibt man uns: Voraussicht und Bestimmung sind die unglücklichen Wächter, in denen man der Arbeiterklasse das größte Wohlwollen verschafft. Würden alle Versprechungen in die Tat umgesetzt, dann wärel, deutscher Arbeiter ersehnt keine Zukunft im rohen Richte. Von allen bürgerlichen Parteien war es letztendlich das Zentrum, welches durch solche Versprechungen viele Tausende Wähler und Wählerinnen an sich zog. Von sozialdemokratischer Seite wurde schon immer die Arbeiterklasse gewarnt, diesen Worten und Versprechungen allzu viel Glauben zu schenken. Noch bei allen Wahlen war es so — im Reichsparteitag war man auch im Saale kein! Schon können wir den Reformen unserer Wähler ein Beispiel anführen, wie trotz aller zentralistischen Versprechungen Theorie und Praxis miteinander in Einklang stehen.

Durch Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 21. Dezember 1918 erlangte ein Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Buchdrucker-Gesellschaft. Nach diesem Beschluß haben ab 1. Januar 1919 den Schichten in Karlsruhe wöchentlich 12 Mr., den männlichen Hilfsarbeitern 8 Mr. und den weiblichen Hilfsarbeitern 6 Mr. Zulage wöchentlich zu. Gegen diese im zwingenden Interesse der Arbeiterklasse des Gewerbes erfolgte Anordnung des Demobilisationsamtes setzte ein Stimmkreis der Buchdrucker-Besitzer ein. Trotz anfänglicher Sträubens kamen aber die Karlsruhe Buchdrucker-Besitzer der Anordnung soweit es sich um die Schichtenfrage handelte, nach. Die Hilfsarbeiter, also die wirtschaftlich Schwächeren, ließ man wieder, wie immer, in der Luft hängen. Da war es Pflicht der Organisation, selbst einzugreifen. Eine am 17. Januar sehr zahlreich besuchte Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter konnte nun die Feststellung machen, daß die große Mehrzahl der größeren Karlsruhe Buchdruckerbetriebe sich nach noch einen Besonderen besonnen hat und die Zulagen zum Teil schon ausbezahlt und zum Teil die Ausbezahlung in Aussicht gestellt hat. Nur von vier Firmen mußte berichtet werden, daß noch keine verbindliche Zusage erfolgt sei. Unter diesen vier Firmen befindet sich auch die Firma „Wadenia“, die Druckerei des „Badischen Volksboten“. Da nun auch das Hilfspersonal der vier in Frage kommenden Druckereien schließlich auf diese Zulagen warten und diese ebenso wie ihre Kollegen und Kolleginnen in den anderen Druckereien benötigt, wurde in der Versammlung einstimmig beschlossen, daß der Gauleiter Kollege Werner dieserhalb beim Demobilisationsauschuss in Karlsruhe vorstellig werden soll. Die Kollegen der Firma Wadenia möchten noch eine höhere Rücksprache des Gauleiters mit der Firma, ehe diese dem Demobilisationsauschuss namhaft gemacht werden sollte. Diese gute Absicht des Personals wurde durch das Verhalten des Herrn Hoffmann, seines Leitenden Direktors der Firma Wadenia,

bereitet. Am Samstag, 18. Januar morgen, wollte der Gauleiter des Buchdrucker-Hilfsarbeiterverbandes seinen von der Versammlung erteilten Auftrag nachkommen. Schon die Anmeldung desselben durch das Bürosträuben muß diesen Herrn in Unruhe gebracht haben. In ganz barocker und, wie besonders betont werden muß, von vornehmer unfreundlicher Weise wurde der Auftragtrager der Arbeiterklasse gefragt, was er denn schon wieder wollte. Der Gefragte hatte noch nicht einmal Gelegenheit zu sagen, daß das Hilfspersonal der Wadenia es sehr gern Anrufung des Demobilisationsauschusses käme, so lief Herr Hoffmann in äußerst zögeriger Weise im Büro herum und fürte auf den Lauftritten in folgender Weise ein: „Sie beunruhigen fortgesetzt das Karlsruhe Hilfspersonal, dies verbitten wir uns von ihnen. Wir halten uns an den Beschluß unseres Vereins, wir werden bezahlen, wenn eine neue Tarifausgleichung gesprochen haben wird. Die Preisfragen haben uns nichts zu sagen. (Dabei ist das Demobilisationsamt in Berlin gemeint.) Wir haben von unserem Ministerium die Auskunft erhalten, daß uns dies nichts angeht. Ich habe mit Ihnen nicht mehr zu sprechen!“ Mit einer Geste nach der Türe wurde Johann der Gauvertreter des Buchdrucker-Hilfsarbeiterverbandes hinauskomplimentiert. Auf heutig tag man hinausgeschmissen! Die ganze Unterredung dauerte nicht ganz den Zeitraum einer halben Minute.

So gehen in der Zeit der Neuorientierung in der Zentrumsdruckerei Wadenia. So geht man dort mit Vertretern der Arbeiterklasse um. Auf Grund des geschiedenen Vorfalls wird sich natürlich die Gauleitung nicht wieder der Gefahr aussetzen, irgendwo in Karlsruhe hinausgeschmissen zu werden. Wir werden in allen künftigen Hilfsarbeiterfragen uns immer an die sehen, irgendwo in Karlsruhe hinausgeschmissen zu werden. Wir Meinung, das Hilfspersonal der Buchdrucker hat ebenfalls ein Recht auf eine anständige auskömmliche Lebenslage! Diese zu haben, soll trotz alledem auch weiterhin unsere vornehmste Pflicht sein. Notwendig ist nur, daß der gute Geist, welcher seit den Novembertagen auch die Karlsruhe Hilfsarbeiterklasse befeuert, erhalten bleibt und die Organisation auch den letzten Pfennig der noch Unorganisierten heranzieht, dann werden auch solche Schanzmachallüren nicht mehr möglich sein.

Kommunalpolitik.

Baden-Baden, 21. Jan. Aus dem Stadtrat. Die vom Bürgerausschuß genehmigte Anleihe im Betrag von 4 Millionen soll nun zur Ausbreitung gelangen mit Zinsen von 4 1/2 und 5 Proz. Zinsungszeit 35—42 Jahre. — Die Ausgaben der Kartoffelversorgung haben sich unangenehm entwickelt, so daß mit einer Abgabe von einer Wochenportion von 7 Pfund kaum mehr gerechnet werden kann. Es soll deshalb bei der Regierung eine Abordnung vorstellig werden und darauf hinwirken, daß die Lieferungsverträge auch in der Erzeugung eingehalten werden. — Die Pächter städt. Kleinparzellen werden verpflichtet, mindestens einen Ackerkornfeld zu pflanzen. — Wegen Verhinderung von Kleinrenten im Stadteil Pfaffenloren werden Verhandlungen mit der Domänenverwaltung eingeleitet. — Da die Bekleidung mit Baumaterial wieder besser geworden, wird das Kurhaus vom 1. Februar ab wieder geöffnet. — Die Abkante des städt. Notgeldes im Betrag von 50 und 20 Mr. sollen bis 1. April im Umlauf bleiben. Die andern Scheine kommen bis 1. Februar ab zur Einlösung. Neueste Preist ist der 1. Mr. — Der nächste Kundentag wird auch für das Jahrespersonal der Stadtverwaltung eingeführt. — Die städt. Bürobeamten sollen jeden zweiten Samstag nachmittag frei bekommen. — Verschiedene Anträge der Erwerbslosenfürsorge werden genehmigt. — Für die Wähler der Heberzungen anzulegenden Straßen, soll den Anwohnern ein Aufschlag von 50 Prozent der Kreissteuer in Anrechnung gebracht werden. — Zweite Sitzung der Kommission für die Stadterweiterung werden Verhandlungen eingelegt. — Für Sanitätsrat am Sägewerk Verband werden 2200 Mr. bereitgestellt. — Die für die Zeit der Heberzungen der Stadt in Höhe gefasste Entscheidung eines städt. Juktspart wird als noch nicht erteilt zurückgestellt. — Von dem der Stadtgemeinde zugefallenen Vermögen des Herrn D. Schuler werden 10000 Mr. zur Ergänzung der Einrichtung der freiwilligen Feuerwehr bereitgestellt. — Eine monatliche Zufuhrenmenge von 10 Kubikmeter Gas sind den Haushaltungen zugestanden, die keine Kochgasanlage mit festem Brennstoffen besitzen.

Ist das zulässig?

Aus Württemberg bei Neß wird uns geschrieben: Kommen Sonntag in die hier im Gasthaus zum „Adler“ eine Begrüßungsfest für die heimgekehrten Krieger statt. Kein Reich wird nun gegen eine Bewillkommung der nach langer und harter Kriegszeit heimgekehrten Gemeindeglieder etwas einzunehmen haben, im Gegenteil, Hebermann gönnt den Leuten diese Festlichkeit. Der

auch geistige Dinge, bis zum Gewissenszwang, hart mitbetroffen werden.

Die Schule ist infolgedessen auch das einzige dieser Justitute, das im Kultusministerium durch Fachleute vertreten ist; wenn auch nur durch Fachleute für die praktische Seite des Unterrichts, durch Pädagogen; während für das geistig-kulturelle eine irgendwie zuständige Vertretung auch hier nicht vorhanden ist. Dagegen ist zum Beispiel das Theater- und Musikwesen überhaupt nicht, das Kunst- und Unberufswesen nicht durch Fachleute, sondern durch juristische Beamte im Ministerium vertreten, durch Referenten, die von Kunst- und Wissenschaften und die alle durch zufällige persönliche Neigung oder Abgabung etwas verstehen, von dem aus sie ihnen über ganzes Land hinweg sein müssen und es haben in der Regel auch sind. Daselbst gibt es von dem höchsten Beamten, der die Verantwortung für die kulturellen Festsetzungen des Staates trägt, dem Kultusminister; er ist ebenfalls kein Mensch, der seinen Fähigkeiten oder Leistungen nach mit Kunst und Kultur irgend etwas zu tun hat, sondern einer, der in eigenem Sinne von dem, was er zu vertreten und zu verantworten hat, nichts zu verstehen braucht; er war früher ein Jurist; in Zukunft wird er ein Parlamentarier sein.

Noch viel härter kommt diese Unterordnung der kulturellen Fragen unter die Fragen der Parteipolitik und -auf zum Ausdruck, wenn man die letzte Instanz betrachtet, die über Kunst und Kultur zu entscheiden hat, der gegenüber der Kultusminister ja nur das ausführende Organ ist: die gesetzgebende Körperschaft, das Parlament; alle politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessen sind in ihm vertreten, aber keine geistige Partei, kein künstlerisches oder kulturelles Interesse. Und doch wird hier auch über die Lebensbedingungen des Geistes entschieden, wird das geistige Angelegen der Nation, soweit es sich öffentlich zeigt, in allen seinen Zügen bestimmt.

Aus den Tatsachen, die wir, bloß berichtend, hier angeführt haben, geht mit voller Deutlichkeit hervor, was wir, im Gewissen befangen, uns bisher nicht eingestehen wagten: daß der Geist in seinen eigenen Angelegenheiten bei uns weder die Achtung hat, die er hat, noch die Gnade und Stimmung der politischen Parteien, von dem guten Willen und dem in besten Falle distinktiösen Verständnis juristischer Beamten abhängig ist; daß er, mit einem Worte, dem Zufall preisgegeben ist.

Was ist gegen diesen über allen Ausdruck unwürdigen Zustand zu tun? Im bisher gen Diktat hätte es nur eine Lösung gegeben: Gegenüber der Unzulänglichkeit und Unnahbar-

Grund, ...
Tafel, ...
Sparsam, ...
gestalt, ...
wird, ...
ausgeb, ...
von den, ...
hat es, ...
bit es, ...
seine, ...
launen, ...
heimgef, ...
das Geld, ...
eine Fest, ...
troufen, ...
ein Fest, ...
und Geje, ...
Diese, ...
einige, ...
laten, ...
In d, ...
Frage, ...
die laut, ...
jollen, ...
es zuläss, ...
lebenden, ...
gemein, ...
sich eme, ...
Gemein, ...

Genosse ...
mit dem ...
len. Da ...
Beizman ...
kommend ...
mit der ...
heit und ...
zu 3 we ...
Er fährt ...
„Spre ...
kündet de ...
roß der ...
mit der ...
Cognitab ...
preffe, au ...
zu hören ...
tatorische ...
den Rent ...
die Relig ...
zu tun ist ...
erfolgreich ...
die Relig ...
zu streben ...
Stolz bei ...
den Rand ...
material ...
tische Err ...
die nicht ...
Güte ...
einen lo ...
Bald-Mäd ...
haben ja ...
Organisat ...
um dem G ...
falschfert ...
Bald f ...
tere Beha ...
als Gefi ...
Schluß der ...

für ...
für ...
Spreche ...
Frauen da ...
feit der ...
anberliche ...
nen Mann ...
handnis, ...
Barte en ...
durch den ...
hätte sich ...
geheimen ...
Religionen ...
Genden fort ...
bis es die ...
lung des ...
Das wäre ...
hätte den ...
turrellen ...
Jetzt hat ...
zum Staat ...
er ist nicht ...
nen Willen ...
Staat wäre ...
Kunstwert, ...
worden ist, ...
im ihren ...
beranwortl ...
Einrichtungen ...
Freilich ...
vertreten ...
Reichen u ...
Akademien ...
Spezialisten ...
und noch ...
nur die schöp ...
verbundene, ...
Wissen zu spre ...
Daß hier ...
Miege in die ...
anderer We ...
noch nicht ...
Denn: w ...
daß sie um ...
geistiges Prog ...
Stelle hat an ...

Grund, warum wir uns an die Öffentlichkeit wenden, ist aber die Tatsache, daß die Gemeindeverwaltung, um der Veranstaltung den nötigen Glanz zu verleihen, 2000 M. — Zweitausend Mark — aus Sparkassenüberschüssen zur Verwendung für diesen Zweck bereit gestellt hat. Mit diesem Gelde sollen die etwa 400 Personen bewirtet werden, mit Speise und Trank. Und da müssen wir doch fragen: Ist die heutige Zeit wirklich dazu angetan, daß man feierlich 2000 M. aus dem Gemeindefiskus für Festlichkeiten ausgibt? Kann es im Sinne der heimgekehrten Krieger liegen, von denen hier die meisten in guten und besten Verhältnissen leben, daß derart mit dem Gelde der Allgemeinheit gewirtschaftet wird? Ist es hier keine Armeen keine Bedürfnisse, keine Kriegerwitwen, keine Hinterbliebenen, keine Krüppel, für die man dieses Geld laienmäßig besser verwenden könnte? Würde ein einziger der heimgekehrten Kameraden etwas dagegen einzuwenden haben, wenn das Geld zu solchen Zwecken verwendet würde, anstatt für solche eine Festlichkeit? Wir glauben es nicht, denn sie alle haben hroufen gelernt, was Kameradschaft heißt. Wie aber wirkt sich ein Fest in einer Zeit, wo unsere Volksgenossen jeglichen Alters und Geschlechts buchstäblich verhungern, wo arme Kranke und Stenche vom Arzt eine Bescheinigung einholen müssen, um nur einige Gramm Speise oder Tropfen Milch als Zulage zu erhalten. Das muß ja aufreuzend und verbitternd wirken.

An die Regierung und die Aufsichtsbehörde müssen wir die Frage richten, ob es überhaupt zulässig ist, daß öffentliche Gelder in solcher Weise verausgabt werden dürfen; wie auch, ob es zulässig ist, daß die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel durch die Verwendung der notleidenden Allgemeinheit entzogen werden. Es kann und darf nicht sein, daß in solch einer Zeit der Not in solch unverantwortlicher Weise mit den Gemeindegeldern und den Lebensmitteln gewirtschaftet wird.

Die Nationalwahlen.

Die Wahlniederlage des Zentrums.

In einer interessanten Wahlbetrachtung befaßt sich Genosse Weismann in seiner Freiburger „Volkswacht“ mit dem Ausfall der badischen und deutschen Nationalwahlen. Das kennzeichnende Merkmal dieser Wahlen sieht Gen. Weismann in dem in den Wahlen untrüglich zum Ausdruck kommenden Abstieg des badischen Zentrums. „Es ist vorbei mit der politischen Herrschaft der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht in dem Freistaat Baden, dessen Bevölkerung zu Zweidrittel katholisch ist,“ schreibt Gen. Weismann. Er fährt dann fort:

„Sprechen also die Zahlen gegen das Zentrum, so verkennt der Wahlausfall noch außerdem den völligen Ausfall der sogenannten Religionen dieser Partei. Uns ist mit der Angst vor der angeblichen Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie. Der bis zum Ueberdruß in der Zentrumspresse, auf der Kanzel und bei allen sonstigen Gelegenheiten zu hörende Ruf: Die Religion ist in Gefahr! hat seine agitatorische Wirkung nahezu restlos eingeleitet. Man glaubt's den Zentrumsdemagogen nicht mehr, daß es ihnen nur um die Religion und nicht um die politische Macht des Zentrums zu tun ist. Diese Partei ist jetzt endlich ihrer wichtigsten und erfolgreichsten Waffensache beraubt. Die etelshalte Methode, die Religion in das Vordereisen eines jeden Wahlkampfes zu schieben, hat eine derbe Abfuhr erlitten. Noch ein solcher Stolz bei der nächsten Wahl, und das badische Zentrum ist an den Rand der Verzweiflung gebracht ob seines Agitationsmaterials gegen die Sozialdemokratie. Das ist eine politische Ertragslosigkeit des eben abgehandelten Wahlkampfes, die nicht hoch genug eingeschlagen werden kann.“

Gälte dem Zentrum nicht das Frauenstimmenrecht einen so großen Dienst geleistet, es wäre noch mehr unter die Wahl-Mäder gekommen, wie am 5. und 19. Januar. Wir haben ja genug des Materials erbracht, wie die religiösen Organisationen der katholischen Kirche dazu benützt wurden, um dem Zentrum die Wahlerfolge zu sichern. Aber der schlagfertige Beweis ist doch am vorigen Sonntag in Waldkirch im Elstal im Jagen. Vatermörderloch, für unsere Behauptung erbracht worden. Dort wurde getrennt abgestimmt und was ergab sich? Man zählte nach Schluß der Wahl

Männer,	Frauenstimmen
für das Zentrum	570
für die Sozialdemokratie	1076
	522
	282

Sprechen diese Zahlen nicht Wände? Fast doppelt so viele Frauen haben in Waldkirch für das Zentrum gestimmt, wie

Männer. Das Zentrum ist also die Weiberpartei und kann sich fast nur noch auf Reichweibern und politisch völlig unreife Frauen und Mädchen stützen. Das ist ein politischer Zusammenbruch, wie er nicht schlimmer gedacht werden kann. Haben doch in einem Wahllokal in Waldkirch, in welchem nur Frauen wählten, sich rund 300 Zentrumstimmen und nur 60 sozialdemokratische Stimmen befunden. Wahrscheinlich, die einst so stolze Partei wäre in Baden ganz kläglich zusammengebrochen, hätte ihr nicht das Frauenstimmrecht und der Ruf: Die Religion ist in Gefahr! aus der Ratse geholfen.

Die Wahllehre kann nicht eindringlich genug beherzigt werden. Es gilt, den badischen Frauen im Laufe der nächsten Monate und Jahre begrifflich zu machen, daß sie dem Zentrum politisch in der gleichen Weise verraten, verkauft, belogen und betrogen werden, wie dies jahrzehntelang gegenüber den Männern geschehen ist. Geling es uns, diese Einsicht bei den weiblichen Wählern durchzusetzen, dann ist es endgültig mit der Herrschaft des Zentrums in Baden vorbei.

Dem Urteil des Genossen Weismann dürfte kaum noch etwas zuzufügen sein, er trifft den Nagel auf den Kopf. Das Zentrum hat dieses Mal eine Spitzenleistung vollbracht, seinen ganzen ungeheuren, bis in den entlegensten Winkel des Landes reichenden Wahlapparat letzte es in Bewegung, es dürfte wohl kaum ein Anhänger des Zentrums dieses Mal nicht gewählt haben. Es war die Höchstleistung eines Verzweifelszuges, mit letzter Kraftanstrengung kämpfenden.

Männer,	Frauenstimmen
das Zentrum	1128
die Sozialdemokratie	1096
	943

Also genau dieselbe Erscheinung wie in Waldkirch, doppelt so viele Frauen wie Männer haben für das Zentrum gestimmt. Nimmt man die Resultate aus diesen beiden Orten als typisch für das ganze Land an, dann ist es ohne Uebertrieb, wenn man sagt, daß das Zentrum ohne Frauen seine schwerste Niederlage erlitten hätte. Und es wird nur noch die Frage einer kurzen Zeit sein, bis auch die Frauen von der Volkseindigkeit und dem wahren Charakter dieser Partei sich überzeugt haben werden und dann wird vollendet werden, was jetzt noch nicht gelungen ist.

Die Wahl in Bruchsal.

g. Bruchsal, 22. Jan. Einen erfreulichen Stimmzuwachs konnten wir bei der Reichsnationalwahl verzeichnen. Da hier die männlichen Wahlbezirke von den weiblichen getrennt wurden, so erhält man dadurch auch ein Bild davon, wie es gekommen wäre, ohne das Frauenwahlrecht. Wir führen hier nur das Endergebnis der Männer beim Zentrum sowie der Sozialdemokratie an. Beim Zentrum stimmten 1251 Männer ab, bei der Sozialdemokratie 1504, mithin ergab die Sozialdemokratie ein Mehr von 253 Männerstimmen. Das Mehr, das das Zentrum an Stimmen hier erhalten hat, ist lediglich auf das Konto der Frauen zu setzen, die in der fürchterlichsten Weise vor den Sozialdemokraten gemacht worden waren. Aber auch das wird dem Zentrum auf die Dauer nichts nützen; wenn die Frauen sich einmal mehr um Politik kümmern, wird es ebenfalls anders werden. Interessant ist der 3. Bezirk, in dem 156 weibliche Stimmen und 128 männliche für die Sozialdemokratie abgegeben wurden. Wir können mit dem Ausfall der Wahl zufrieden sein und wollen es an nichts fehlen lassen, daß es zum nächsten Mal besser wird. Anbei lassen wir das Gesamtergebnis der Stadt folgen:

Bruchsal-Stadt.

	Soziald.		D.-dem. P.		Zentrum		D.-Nat. P.	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1. Bezirk	148	116	204	135	130	265	239	441
2. "	123	156	284	282	263	537	149	334
3. "	168	147	815	193	213	406	136	270
4. "	213	163	376	68	71	134	204	360
5. "	307	146	853	54	64	118	236	487
6. "	232	215	447	119	168	287	167	371
Wahlbar	408	—	403	139	—	139	123	—
			2447			1896		3467
								323

Ordnung war, daß überhaupt irgendwo etwas reform- und änderungsbedürftig sei? Wo ist die grundlegende Forderung verwickelt oder nur ausgesprochen worden, daß statt unverantwortlicher politischer und beamteter Organe geistig verantwortliche und künstlerisch urteilsfähige Menschen die Selbstverwaltung in geistigen Dingen auszubilden hätten?

Solange solchermassen alles beim Alten bleibt, ist ein Proletariat nötig, das die geistigen Ertragsleistungen der Revolution dem auch in geistigen Dingen müßig und berechtigt gewordenen Volke wehrt. Der Kunst- und Kulturrat will dieses Proletariat sein. Er wird seine Tätigkeit für überholt und überflüssig erachten, sowie eine geistige Verfassung nach den oben bezeichneten von ihm vertretenen Grundrissen einer volksmäßigen Geistespflege durchgeführt und Geseh geworden ist. Bis dahin — und das mag nach den heutigen Ausichten immerhin noch eine Weile dauern — wird er, zwar noch außerhalb der Regierung aber doch hohfentlich im Bunde mit ihr, die Rechte des Geistes und der Kunst durch Aufklärung über die bestehenden unheilbaren Zustände, durch Vorschläge und praktische Versuche zu ihrer Verbesserung zu wahren versuchen. Er will dazu alle schöpferischen Kräfte des Landes sammeln und rechnet dabei auf die Mitwirkung des gesamten freibeitlich gesinnten, nach Geist und Kultur verlangenden Volks.

Empfehlenswerte Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)
 Von der Neuen Zeit ist toeben das 16. Heft vom 1. Band des 57. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Evolution — Revolution. Von Hans Marquardt. — Lond Georges Wahlsteig und die englische Arbeiterpartei. Von Dr. Raul Vensch. — Der Einfluß des Rousseauischen „Gesellschaftsvertrags“ auf die französische Nationalversammlung 1789 bis 1791. Von Heinrich Cunow. I. — Nietzsche. Von Edgar Gahnreich. — Literarische Rundschau: Martin Spahn, Die Grobnächte. Von Hugo Otto Klein. Die deutsche Sehtreform der Zukunft. Von A. Vorländer. Dr. August Buchs, Geschlechterkämpfe in deutschen Großstädten. Von H. F. — Notizen: Americas Handelsentwicklung.
 Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Botanikalien und Kolonialware zum Preise von 5.20 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 40 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

keit der staatlichen Behörden, die dem Volk als gottgewollte, unabänderliche Einrichtungen einer ihm nur als Herr gegenüberstehenden Macht fremd und fast feindlich waren, gegenüber der Verstandesmäßigkeit der mit jener Macht immer bloß untergeordneten Partei ein hätte das geistige Leben endgültig auf jede Vertretung durch den Staat und seine Einrichtungen verzichten müssen: es hätte sich für sich organisieren und als eine Gemeinde von Gleichgesinnten zusammenzuschließen müssen, die gleich einer privaten Religionsgemeinschaft, zunächst im kleinen Kreise die ihr entsprechenden Formen der Kunst- und Geistespflege bewirklich hätte, bis es ihr gelungen wäre, die öffentliche Anerkennung und Zulassung des Staates als ein Veranlassung unter andern zu erlangen. Das wäre ein langer und entgegengesetzter Weg gewesen, und er hätte den Nachteil gehabt, daß zu den vielen geistigen und kulturellen Spaltungen unresr Volkes eine neue getreten wäre.

Jetzt hat sich mit einem Schlag das Verhältnis des Volkes zum Staat von Grund aus verändert: der Staat ist nicht mehr die den Einzelnen für ihre Zwecke verbrauchende Maschine; sondern er ist nichts andres als das seiner bewußt gewordene, seinen eigenen Willen und sein Geis ausprechende Volk selbst. Dieser Staat wäre unvollkommen und krüppelhaft und nicht das höchste Kunstwerk, als das er kürzlich in schöner Begeisterung bezeichnet worden ist, wenn nicht die Kunst und Kultur des Volkes selbst in ihm ihren wahren Ausdruck, ihre nur dem schaffenden Geiste bewankliche Vertretung und Ausgestaltung in allen geistigen Einrichtungen fände.

Freilich muß diese Kunst und dieser Geist, der das ganze Volk vertreten und einigen soll, anders aussehen als die Kunst der Reichen und Bevorzugten in unsern Theatern, Museen, Akademien und Ausstellungen, als der Geist der Fachgelehrten und Spezialisten in unsern Schulen und Universitäten bisher aus sah und noch aussieht. Nur die große, einfache und volksmäßige Kunst, nur die schöpferische, lebendige anschauliche Wissenschaft der Jahrhunderte, der unser Volk durch den Zustand seiner Kunst- und Bildungstätigkeit bisher entfremdet war, ist berufen und fähig, zu allen zu sprechen und zur wahren Kultur zu einen.

Daß hierzu aber die Einbeziehung der Kunst- und Geistespflege in die Verfassung nötig sei, und zwar in grundlegend anderer Weise als bisher, das weiß man heute jedenfalls immer noch nicht.

Denn: welche Partei hat, außer der allgemeinen Versicherung, daß sie um Volkskultur sich kümmern werde, ein ausgesprochenes geistiges Programm zu ihrem politischen Gefühl? Welche staatliche Stelle hat anerkannt, daß die bisherige Ordnung der Dinge keine

in Bretten.

Bretten, 22. Jan. Mit Stolz können wir auf das Wahlergebnis vom 19. Januar sowohl als auf das vom 5. Januar zurückblicken. Während alle Parteien keine, oder nur unwesentliche Zunahmen zu verzeichnen haben, hat die Sozialdemokratie eine Zunahme von nahezu 200 Stimmen zu verzeichnen. Am 5. Januar erreichten wir hier in Bretten eine Stimmzahl von 950, die Christl. Nat. Volkspartei 674; am 19. Januar erhielt die Sozialdemokratie 1099, die Christl. Nat. Volkspartei 680 Stimmen. Im Jahre 1918 erhielt die Sozialdemokratie 136, die Christl. Nat. Sp. Bund der Landwirte 346. Nehmlich liegt das Verhältnis im Bezirk, da wurden abgegeben am 5. Januar für die Sozialdemokratie 4545, für die Chr. Nat. Sp. 3623 Stimmen, am 19. Januar für Chr. Nat. Sp. 3346, für die Sozialdemokratie 4680 Stimmen. Im Jahr 1918 waren es im Bezirk für die Sozialdemokratie 862 für die Chr. Nat. Sp. bezw. Landwirte Bund der Landwirte 2258 Stimmen. Wir sind also von der schwächsten Partei der Stadt, sowohl als des Bezirks zur stärksten Partei herangewachsen und das trotz der widerlichen, unverschämten und unchristlichen Agitation unserer Gegner. Nur eine einzige christliche „Weltzeitung“ von den vielen wollen wir hier wiedergeben. Am 4. Januar fand eine sozialdemokratische Versammlung im Saal zum „Ved. Hof“ hier statt, in der auch Herr Stadtpfarrer Burt als Vertreter der Christl. Nat. Volkspartei zugegen war. In dieser Versammlung kam Gen. Stadtrat Dr. Dieh aus Karlsruhe in jenem Referat u. a. darauf zu sprechen, daß jetzt das Proletariat die Diktatur über das deutsche Volk ausübe; wir, die Sozialdemokraten, seien aber grundsätzlich gegen jede Diktatur und deshalb müsse sobald als möglich dieselbe durch die Nationalversammlung abgelöst werden. In der Diskussion meldete sich Herr Stadtpfarrer Burt dann zum Wort und gab seine Ansichten kund, wobei sogar noch ein Lob auf Herrn Dr. Dieh kam. Am 17. Januar hatte nun die Chr. Nat. Volkspartei ihre Wähler nach dem gleichen Saale gerufen und da trat klangenannter Herr auf und behauptete, Herr Dr. Dieh hätte am 4. Januar gesagt, wir, die Sozialdemokraten, haben jetzt die Diktatur und wollen sie auch behalten. Also gerade das Gegenteil! Wir überlassen es Herrn Stadtpfarrer Burt, zu entscheiden, wie sich derartige Behauptungen mit jenem Christentum vereinbaren. Die Wähler haben bereits geurteilt, 300 Stimmen weniger innerhalb 14 Tagen ist der Erfolg einer solch „christlichen“ Agitation. Nur so weiter und der Tag wird kommen, wo sich die Masse mit Mißtrau und Verachtung abwendet von dieser Sorte „Auch-Christen“.

Die Wahl in Baden-Baden.

r. Baden-Baden. Erfreulich war das Ergebnis der Wahl zum deutschen Nationalparlament in unserer Stadt. Es gelang unserer Partei, etwa 700 Stimmen neu zu gewinnen, währenddem unsere Gegner auf ihrer Stimmzahl von der vorigen Wahl stehen blieben. Wir verzeichnen dies mit Befriedigung, denn wir wissen: Stillstand ist Rückschritt; auch in Baden-Baden dürften die Zentrumsbäume nicht in den Himmel wachsen, und wenn wir weiter arbeiten wie bisher, werden wir ihm den ersten Platz bald freistig machen.

Unverfroren ist es, wenn das Zentrum von sozialdemokratischer Verhetzung spricht. Wir hätten allen Grund, gerade das Zentrum der Verhetzung von dieser Seite alle Mittel einer demagogischen Verhetzung gebraucht. Daß mit betrugenen Waffen keine Eroberungen gemacht werden können, darauf dürften sich die Herrschaften nunmehr überzeugt haben. Es wäre wünschenswert, wenn sie diese Methoden in Zukunft unterlassen würden, damit der politische Kampf endlich auch hier anständige Formen annimmt, die einem freien Volk und freien Staat entsprechen.

Weitere Wahlergebnisse.

- Weingarten: Soz. 1137, Dem. 369, Ztr. 413, D.Nat. 469.
- Wilsbach: Zentrum 133, Soz. 374, Dem. 65 (64), D. S. O.
- Guttenheim: Zentr. 474, Soz. 144, D. Dem. 7.
- Bujenbach, Amt Ettlingen: 123 Soz., 18 Dem., 558 Ztr., 3 D.N.
- Elchesheim bei Rastatt: 195 Soz., 12 Dem., 181 Zentr.
- Aue bei Durlach: 875 Soz., 168 Dem., 54 Zentr., 243 D.N.
- Bollardsweiler (Amt Durlach): 157 Soz., 80 Dem., 55 D.N.
- Siebmauern (Amt Rastatt): 283 Soz., 26 Dem., 278 Zentr.
- Ottersdorf (Amt Rastatt): 227 Soz., 5 Dem., 325 Zentr.
- Uelgheim: 432 Soz., 29 Dem., 640 Zentr.
- Bruchhausen: 207 Soz., 8 Dem., 142 Zentr.
- Ettlingenweiler: 200 Soz., 27 Dem., 228 Zentr.
- Malsch: 906 Soz., 156 Dem., 964 Zentr.
- Hörden bei Rastatt: 323 Soz., 30 Dem., 314 Zentr.

Amtsbezirk Offenburg.

Orte	Soziald. Partei	Deutsh. Dem.	Zentr. Partei	Deutsh. (Christl. Volksp.)
Ellenheim	463	210	10	484
Appenweier	322	132	563	26
Berghaupten	135	50	828	—
Bernersbach	11	47	328	—
Biberach	120	42	897	—
Böhlbach	145	3	300	3
Bühl	222	26	170	8
Diersburg	119	109	212	31
Durbach	146	21	512	10
Eberweier	52	2	213	9
Egersweier	238	3	308	—
Fellenbach	24	3	278	—
Gengenbach	420	821	978	9
Griesheim	110	30	279	9
Hofweier	114	12	531	7
Marlen	317	131	580	17
Müllen	8	5	50	9
Neielried	49	—	228	—
Niederschopfheim	73	31	643	3
No drach	110	91	577	12
Obererbach	1	—	94	—
Oberhamersbach	137	36	782	2
Offenburg	2413	1741	8712	233
Ollsbach	65	50	416	—
Ortenberg	87	31	629	23
Rammerweier	111	13	355	3
Reichenbach	50	66	359	—
Schutterwald	349	38	920	14
Schwaibach	14	15	182	—
Unterersbach	11	6	199	1
Unterhamersbach	183	39	512	—
Ulriksen	701	75	514	4
Waltersweier	123	9	119	4
Weier	61	6	196	2
Wiesloch	109	15	302	5
Zell a. S.	316	140	623	13
Zell-Weierbach	186	80	678	6
Zunsweier	240	29	511	5
	8245	8578	19099	932

Sachmehren,

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 855 **Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft** Kronenstr. 52, Tel. 3747

Schöner Nebenverdienst

bietet sich Personen, (auch weiblichen) die in bürgerlichen Kreisen gut bekannt sind, durch Vermittlung von Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen. Bearbeitung durch Fachmann. Angebote unter C 203 an Haasenstein & Fogler, A. G. Karlsruhe i. B. 614

Raffenbote

jüngere, zuverlässiger (leicht Arlegsbeschädigter nicht ausgeschlossen) für sofort gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf an die Direktion der Badischen Feuerversicherungs-Bank, Karlsruhe 84. 660

Tüchtige Schuhmacher

sofort gesucht für Werkstätte oder auch für Heimarbeit. 674 **Otto Schwauinger,** Schuhmachermeister, Sölkentr. 73, 2. St., Eingang Leisingstraße.

Haus- u. Straßenschuhe

sind zu verkaufen, Größe 33-39, sowie ein Paar gute Lederhalbschuhe, Größe 36-37. Es werden auch noch Haus- und Lederschuhe zum Sohlen angenommen. 712 **Marientr. 24, 3. St.**

Maler- u. Anstreicher-Arbeiten

werden bei billigster Berechnung ausgeführt. 687 **Ludwig Ugtmann,** Werderstraße 40, 2. St. **Schilder** werden mit Preisensware ausgeführt

Brennholz,

Buchen und Eichen, zum Strecken der Kohlen, Forsten, Tannen (Einfuecholz) amtlich feilgehaltene Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Rentner an ankünftig angeführt. Abgabestelle: Gerwigstr. 53. **Fr. Kempermann,** Tel. 5206 u. 1501. **Brennholz-Sägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik.** 5684

Eine Frau nimmt noch

einige Kunden im Pflanz an. 688 **Luisenstraße 60, 3. St., rechts.**

Herren-socken

per Paar Mk. 3.— so lange Vorrat reicht, gegen Bezugschein.

Arthur Baer

Kaiserstrasse 133, eine Treppe hoch Ecke Kaiser- und Kreuzstraße, Eingang Kreuzstraße Ab Montag, den 27. Januar, findet im früheren Bekleidungsamt, Durlacher Allee 56 der Verkauf von 716

Unfeuer-Holz

pro Zentner zu 4.— Mark statt Verkauf so lange Vorrat, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Geld abgezahlt mitbringen.

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 24. Januar 1919. 726 **Freitagsmiete Nr. 17.**

Zar u. Zimmermann.

Komische Oper in 3 Akten. Text und Musik von A. Lortzing. Anfang 1/7 Uhr. Ende nach 1/10 Uhr.

Fussball.

Sonntag, den 26. Januar: Spielplatz des K.F.V. **Entscheidungs-Spiel um die Meisterschaft in Klasse A II** Phönix-Allemania II gegen V. f. B. II. Beginn 2 Uhr. Spielplatz in Durlach: 1. F.-C. Pforzheim gegen F.-G. Grötzingen. Beginn halb 8 Uhr.

Putzfach

Empfehle mich in allen in das 691 **einshl. Arbeiten. Auch Polze neu u. umarbeiten bei billiger Berechnung. Barbara Werner,** Werderstraße 80.

Nur noch kurze Zeit!

Grosser Inventur-Verkauf

zu billigsten Preisen in Werkzeugen, Werkzeugkästen, Gamaschen, Feuerzeugen, Taschenmessern, Rasier-Artikeln usw.

Beachten Sie bitte unser Schaufenster.

Nordische Stahlgesellschaft m. b. H., Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

Neue Modelle



nach **Ullstein-Schnittmustern** sind zur Zeit ausgestellt bei **Hermann Tietz, Karlsruhe**

4 fach feine Herren-Steh- und Umlegekragen in allen Größen von 35-52 cm zum Anschauen Stück Nr. 1. Celso bei gutes Instrument Nr. 250, Rückseite Nr. 8, 18 und 30, Fische mit Schublade neu Nr. 30 bis 60 zu verkaufen.

H. Sonntag Kommissions-geschäft, **Karlsruherstraße 19.** Telefon 2161. 678

Nach vierjähriger Tätigkeit am Stadt. Krankenhaus bei Herrn Geh. Hofrat Professor **Dr. von Beck** habe ich mich hier als

prakt. Arzt u. Geburtshelfer

niedergelassen. **Dr. med. K. Schitterer** Karlsruhe, Leopoldstr. 8. **Sprechstunden:** Werktags von 2-4 Uhr. 591 **Telephon 3486.**

Zahn-Atelier.

Habe meine Praxis neu eröffnet. **Sprechstunden:** Werktags 9-12^{1/2}, und von 2-6 Uhr Sonntags 9-12 Uhr.

Franz Hill, Dentist.

Horrenstrasse 3. 462

Unabhängige Soziald. Partei Gruchs.

Die heute, Freitag, 24. Januar geplante **Gedächtnisfeier** muß bis auf weiteres verschoben werden, da durch Einquartierung Lokalschwierigkeiten entstanden sind. **Der Vorstand.** 728

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Am Sonntag, 26. Januar, nachmittags 1/3 Uhr, findet die Fortsetzung der

General-Versammlung

in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13, statt. **Tagesordnung:** 1. Staffenbericht vom Jahr 1918 und vom 4. Quartal. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wünscht vollständiges Erscheinen 718 **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Die Kontrolle demobilisierter Militärpersonen.

Nach Anordnung des französischen Oberkommandos sind die Gemeinden der neutralen Zone verpflichtet, Listen über die in ihrem Bezirk wohnhaften heeresentlassenen Militärpersonen aufzustellen. Zu diesem Zwecke fordern wir alle Personen (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), die während des Krieges im Heeresdienst gestanden haben und jetzt in Karlsruhe (einschließlich der Vororte) wohnhaft sind, hierdurch auf, sich in der Festhalle (großer Saal, Haupteingang) zu melden und zwar: Samstag, 26. Januar, Buchstabe A bis E, Montag, 27. Januar, Buchstabe F bis J, Dienstag, 28. Januar, Buchstabe K bis N, Mittwoch, 29. Januar, Buchstabe O bis S, Donnerstag, 30. Januar, Buchstabe T bis Z. jeweils in der Zeit von 9 bis 4 Uhr. Militärpapiere und Entlassungsausweis sind mitzubringen. Wer sich nicht meldet, hat alle aus der Unterlassung etwa sich ergebenden Folgen zu tragen. 714 **Karlsruhe, den 23. Januar 1919.** **Das Bürgermeisteramt.**

Pferdegestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden mit Rücksicht auf den derzeitigen großen Pferdemangel aufgefordert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ortsübliche Vergütung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern intressierten Pferde besondere Prämien bezahlt.

Diese betragen:

für das erste Pferd	7.50 Mk.
für das erste Paar Pferde	15.—
für das zweite Pferd	5.—
für das zweite Paar Pferde	10.—
für das dritte Pferd	4.—
für das dritte Paar Pferde	8.—
für das vierte Pferd	2.50
für das vierte Paar Pferde	5.—
für das fünfte, sechste, siebente u. achte Pferd	je 2.50

Es werden benötigt:

am Feuerhaus, Bezirk 6	5 Paar Pferde
„ „ „ „ „ „ „ „	5 „ „
„ „ „ „ „ „ „ „	2 „ „
„ „ „ „ „ „ „ „	2 „ „
„ „ „ „ „ „ „ „	3 „ „

Karlsruhe, den 23. Dezember 1918. 6484 **Das Bürgermeisteramt.**

Kriegsteilnehmer-Interessen-Verband (K.-I.-V.)

Kameraden aller Berufe schließt euch zusammen:

- Handwerker Kaufleute
 - Freie Berufe Fabrikanten
 - Beamte Arbeiter
- usw.

Nur Selbsthilfe führt zum Ziel. Der Nachteil, den ihr durch Abwesenheit von Beruf und Wohnung hattet, soll gerecht ausgeglichen werden. Daher kommt alle zur

öffentlichen Versammlung

Freitag, den 24. Januar 1919 **abends 8 Uhr, Friedrichshof, großer Saal** **Der Vorstand.** 696

Freie Turnerschaft Durlach 1899.

Am Sonntag, den 26. Januar d. J., findet im Lokal zum „Lamm“ nachmittags 2 Uhr feierlich unsere

Generalversammlung

Die Mitglieder und ehemaligen werden gebeten, pünktlich und vollständig erscheinen zu wollen. Tagesordnung im Lokal. Wichtigster Punkt: „Verschmelzung“. Anträge dazu werden noch bei Anfang entgegengenommen. Insbesondere die vom Festkomitee gekommenen sind hierzu freundlich eingeladen. Der Ausschuss.

J. C. Phönix (Phönix-Kem.) e. V.

Sonntag den 26. Januar 1919 im Löwenraden

Familien-Abend

mit ausserwähltem Programm. Beginn pünktlich 1/7 Uhr. Unsere Mitglieder werden hierzu mit der Bitte um vollständiges Erscheinen höflich eingeladen. Gäste willkommen.

Vormittags 10 Uhr: Spielerversammlung. 718 **Der Vorstand.**

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.